



Mindestlohn ist nicht teilbar

Viele Menschen können auch in Berlin nicht von ihrer Arbeit leben. Deshalb hat der vormalige rot-rote Senat konsequent für die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns im Bundesrat gestritten. In Berlin hat er ihn, wo es rechtlich möglich war, eingeführt. So wurde die Vergabe von öffentlichen Aufträgen im Vergabegesetz an die Zahlung eines Mindestlohns gebunden. Und auch im öffentlich geförder-

ten Beschäftigungssektor (ÖBS) war dieser Mindestlohn die Untergrenze.

Die neue Berliner Koalition von SPD und CDU hat diesen Weg verlassen. Im Wahlkampf hatte die SPD zwar noch den Mindestlohn gefordert. Doch schon kurz nach den Wahlen hat der rot-schwarze Senat einem entsprechenden Antrag im Bundesrat die Zustimmung verweigert.

Und mehr noch: Den ÖBS schafft die neue Koalition mit der Begründung ab, er sei zu teuer. Zwar soll es weiterhin öffentlich geförderte Beschäftigung geben, aber nicht mehr zu Mindestlohnbedingungen. Im Klartext: Die Beschäftigten sollen die gleiche Arbeit wie im ÖBS verrichten, aber nicht mehr für mindestens 1.300 Euro im Monat, sondern nur für noch für 975 Euro. Davon können sie nicht leben und bleiben abhängig vom Jobcenter.

In der SPD-Fraktion machte sich deshalb Unmut breit und eine hauchdünne Mehrheit sprach sich für einen einheitlichen Mindestlohn von 8,50 Euro in Berlin aus, wie er jetzt für das

Schwerpunktthema

- > Pankower Haushalt 2012 /13
- > Öffentliche Immobilien verscherbelt
...weiter auf Seite 3
- > Der Aufstand der Alten
...weiter auf Seite 5

Aus unserer Fraktion

- > Schluss mit der Praxisgebühr
...weiter auf Seite 4

Vergabegesetz gilt. Wenige Tage danach beschloss der rot-schwarze Senat jedoch, dass es in der öffentlich geförderten Beschäftigung keine Mindestlohnbedingungen mehr geben wird.

Die SPD redet gerne vom Mindestlohn, aber dort wo sie gestalten kann, setzt sie ihn nicht um. Der Mindestlohn soll garantieren, dass Menschen von ihrer Arbeit leben können. Wenn die SPD dies einem Teil der Beschäftigten verwehrt, entwertet sie ihre Arbeit. Und sie stellt den Mindestlohn generell in Frage. Ihre eigenen Wahlversprechen straft sie damit Lügen.

Elke Breitenbach
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Linksfraktion in der BVV Pankow

Bezirksamt
Fröbelstr. 17, Haus 7, Raum 109
Tel.: (030) 4 20 22 08 73
kontakt@linksfraktion-pankow.de

DIE LINKE.
Bezirksverband Pankow

Kopenhagener Str. 76, 10437 Berlin
Tel.: 030 440 17 780
Fax: 030 440 17 781
bezirk@die-linke-pankow.de

➤ Guggenheim-Lab

Entgegen der Freude und Zustimmung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin und des Bezirksbürgermeisters, das BMW Guggenheim Lab am 15. Juni auf dem Pfefferberg im Prenzlauer Berg zu eröffnen, gibt es Ablehnung von Anwohnern und linken Bezirkspolitikern. Das Projekt ist Zielpunkt von Kritikern einer Stadtentwicklungspolitik, die den Interessen der Kapitalverwertung von Immobilien folgt. Protest regt sich gegen die Vermarktung der Stadt als Eventfläche für die Amüsierwilligen aus aller Welt, weil diese Politik die Wohnqualität mindert und die Mietpreise in die Höhe treibt.

➤ Mehr Mauerpark

Der Beschluss des Bezirks Mitte über die Änderung der Planungsziele, insbesondere der Verzicht auf eine Neubebauung südlich des Gleimtunnels, ist ein großer Erfolg der Bürgerbewegung für einen größeren Mauerpark. DIE LINKE findet jedoch bedauerlich, dass Grüne, CDU und SPD an einer Wohnbebauung auf der Fläche nördlich des Gleimtunnels festhalten und nur ausgewählte Bürger an der weiteren Planung beteiligen wollen. DIE LINKE lehnt auch weiterhin die Bebauung dieser Parkfläche ab.

➤ Heinz Kahlau verstorben

Am Karfreitag verstarb der bekannte Lyriker Heinz Kahlau im Alter von 81 Jahren auf Usedom. Zwischen 1990 bis 1992 gehörte er der PDS-Fraktion der Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV) an. Die BVV-Vorsteherin Sabine Röhrbein (SPD) würdigte sein kreatives und politisches Schaffen. Kahlau veröffentlichte 1954 seinen ersten Gedichtband, 1971 erschienen Liebesgedichte unter dem Titel »Du«, die bis heute zahlreiche Neuauflagen erlebten. Er war um 1960 Inoffizieller Mitarbeiter (IM) der DDR-Staatssicherheit und legte dies 1990 selbst offen.



Protest in der Kleingartenanlage Famos

Die Arroganz der Macht – Teil II

➤ BVV Pankow beschließt Konsolidierungskonzept 2012-2016

Nach der Verabschiedung des Haushaltes Mitte März wurde auf der Tagung der Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV) am 28. März nun auch das Konsolidierungskonzept 2012–2016 mit rot-grüner Mehrheit beschlossen. Trotz positivem Haushaltsabschluss im letzten Jahr hat Pankow 24,5 Millionen Euro sogenannte Schulden aus Vorjahren. Bürgermeister Köhne (SPD) sieht daher zukünftig Konflikte mit der Landesebene.

Spannend gestaltete sich die Debatte: Während der Vertreter der SPD munter in schönstem Haushälterdeutsch von Sonder- und Zusatzeffekten, Sollbruchstellen, Transferkostenrisiken, nun formell Eingearbeitetem berichtete, ohne konkret zu werden, hatten die Piraten Schwierigkeiten mit dem Konsolidierungskonzept, bspw. in Bezug auf die Nichtberücksichtigung der gestiegenen Unterkunfts-kosten beim ALG II, die fehlende Bürgerbeteiligung und der Vermengung des Haushalts mit dem Konsolidierungskonzept. Und nicht nur die CDU hält das Verfahren zur Aufgabe des Verwaltungsstandortes Fröbelstraße für übereilt und nicht einhaltbar. Michael van der Meer (Linksfraktion) blieb dann auch nichts weiter übrig als

anzumerken, dass die Fehlentscheidungen des Haushaltsbeschlusses sich im Konsolidierungskonzept fortsetzen und keine aussagekräftigen Daten zu den Wirkungen für den Haushalt 2013/2014 vorliegen. »Es löst nichts.«

Die rot-grüne Mehrheit reagierte mit Unverständnis. Andere Bezirke würden dies entspannter angehen, wussten die Grünen zu berichten. Bürgermeister Köhne holte das Schreckgespenst der vorläufigen Haushaltswirtschaft hervor. Angststeuerung ist offensichtlich immer noch ein probates Mittel, vermeintliche Notwendigkeiten zu begründen.

Ein weiterer wichtiger Tagesordnungspunkt war der Antrag der LINKEN zum Erhalt der Kleingartenanlage Famos. Sie soll nach dem Willen des Eigentümers – Deutsche Bahn AG – einer Wohnbebauung von privaten Bauherren weichen. Die Debatte wurde emotional geführt und wird im Stadtentwicklungsausschuss fortgesetzt. Und: Ein Bauvorbescheid hat nur eine zeitlich begrenzte Bindungswirkung für die spätere Baugenehmigung. Erst diese ist eine amtliche Erlaubnis der Baubehörde zum Beginn eines Bauvorhabens.

Kathrin Schulz, Bezirksverordnete



Das ehemalige Rathaus Weißensee

Noch hat der Haushaltsentwurf Pankows für die Jahre 2012/13 nicht die Nachschau des Finanzsenators überstanden, noch steht das abschließende Votum des Abgeordnetenhauses aus, da setzt das Bezirksamt unbeirrt all seine Energie auf die schnellstmögliche Aufgabe landeseigener Immobilien.

Die im Pankower Haushaltsentwurf aus der Immobilienbewirtschaftung kurzfristig freigesetzten Mittel sollen den Kahlschlag kommunaler Infrastruktur dämpfen, aber selbst dies geschieht nur halbherzig. Abgesehen davon, dass von allen landeseigenen Bürostandorten nur die preiswertesten aufgegeben werden sollen, der teuerste Standort aber bleibt, sind auch andere Entscheidungen äußerst widersprüchlich. Die Kultureinrichtungen um den Thälmannpark müssen zu Mietern werden, aber für deren Miete ist nirgends Vorsorge getroffen. Bei der Galerie Pankow wurde diese Maxime umgekehrt, sie muss das Mietobjekt verlassen, ein landeseigenes ist nicht gefunden. Der Standort der Volkshochschule in Weißensee soll nun das Bürgeramt aufnehmen. Wo bleibt die VHS? Die Gartenarbeitsschule wird nur 2012 noch nicht aufgegeben. Was wird dann? Die Seniorenbegegnungsstätte Stille Straße wird im Einvernehmen mit den Seniorinnen und Senioren geschlossen, obwohl diese nun lautstark protestieren, weil die versprochenen Ausweichquartiere die Angebote gar nicht aufnehmen wollen oder können. Die Obdachlosenprojekte fin-

den einvernehmlich kein Obdach mehr? Dieser Haushaltsbeschluss enthält viele offenen Rechnungen und noch mehr offene Fragen.

Die schlagartige Aufgabe der für die Verwaltung des Bezirks notwendigen Immobilien ist ein schwerwiegender Vorgriff auf die künftigen Haushalte Pankows. Die rotgrünen Protagonisten des Immobiliendeals schauen auf den kurzfristig versprochenen Gewinn, blenden die Verluste einfach aus. Kurzfristig werden anscheinend Mittel frei, die bislang für die Unterhaltung der aufzugebenden Liegenschaften im Haushalt gebunden waren. Aber schon hierbei ist nicht beachtet, welche Aufwendungen mit den erforderlichen Umzügen in die noch gar nicht angemieteten Ersatzstandorte tatsächlich notwendig werden, eine Wirtschaftlichkeitsberechnung steht aus. Mehr als eine sehr optimistische Kostenschätzung gibt es bislang nicht. Doch bereits aus dieser ist mittelfristig absehbar, dass künftige Haushalte durch die dann aufzubringenden Mieten spürbar stärker belastet werden. Dann werden allerdings die Handlungsmöglichkeiten weit stärker eingeschränkt sein, als sie es heute schon sind. Die Immobilien sind dann weg, »eingetauscht« gegen Mietverträge zu marktüblichen Preisen. Das wird den Druck auf Ausgabenreduzierungen in anderen Bereichen des Haushalts deutlich erhöhen. Derzeit ist die Frage noch nicht beantwortet, ob der Finanzsenator diesen

Verscherbelung öffentlicher Immobilien – Was sagt der Haushaltsbeschluss?

Der Haushaltsbeschluss 2012/2013 der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) am 14. März 2012 war verbunden mit zahlreichen Auflagen zum Umgang mit öffentlichen Gebäuden und Grundstücken. Das betrifft die bezirklichen Verwaltungsstandorte in Prenzlauer Berg und Weißensee, einige Kulturimmobilien und die Seniorenbegegnungsstätte Stille Straße 10.

Der klare Auftrag der BVV lautet: Abgabe des Standorts Fröbelstraße 17 mit Ausnahme des Gebäudes 6 bis zum 1. Juli 2012 an den Liegenschaftsfonds Berlin. Darüber hinaus wird die Aufgabe der Standorte in der Berliner Allee 100, des ehemaligen Rathauses Weißensee bzw. des Standorts Storkower Straße 97 und ggf. des Standorts Darßer Straße 203 angestrebt mit dem Ziel, zum 1. Januar 2013 in ein geeignetes Mietobjekt umzuziehen.

Derzeit erarbeitet die Verwaltung am Umzugskonzept, an Mietvertragsverhandlungen, an der Erhebung aller Daten zur Wirtschaftlichkeitsberechnung, und es ist noch vor der Sommerpause die Vorlage für den Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses vorzubereiten. Der Anmietung von Büros in dieser Größenordnung muss der Hauptausschuss zuvor zustimmen.

Für die Kulturimmobilien im Thälmannpark wird an einem Treuhandmodell gearbeitet, der Mietvertrag für die Galerie in der Breiten Straße 8 wird gekündigt und auch der Standort Stille Straße 10 soll komplett aufgegeben werden.

Irrweg überhaupt zulassen will. Selbst wenn, stünde aus, inwieweit Pankow derartige »Schöpfungen« von Haushaltsmitteln nicht zuerst für die verlangte Konsolidierung einzusetzen hätte. Und so schnellen die Risiken bereits für den aktuellen Haushalt in unschätzbare Höhen.

Michael van der Meer, Vorsitzender der Linksfraction in der BVV Pankow

DIE LINKE
im Bundestag
informiert

Stefan Liebich berichtet

➤ **Endlich weg mit der Praxisgebühr**



An der Praxisgebühr zeigt sich deutlich, dass in unserem Land Politik gegen viele Menschen gemacht wird. 2003 beschloss die rot-grüne Koalition: Alle gesetzlich Versicherten müssen beim Arztbesuch bezahlen, egal ob arm oder reich. Die SPD meint heute, sie habe dies nur wegen der Unions-Mehrheit im Bundesrat getan. Bündnis 90/Die Grünen ist das Thema heute nur noch peinlich und auch die FDP stellt sich zumindest verbal gegen die Praxisgebühr.

Es ist gut, dass DIE LINKE den Finger immer wieder in die Wunde gelegt hat. Auch deshalb sind andere Parteien zu

neuen Erkenntnissen gekommen. Doch selbst an der SPD-Basis gab es 2003 viel Widerspruch. Die Gewerkschaften waren und sind dagegen, ebenso Kirchen und Sozialverbände. Noch besser für viele Kranke wäre es daher gewesen, wenn sich die gesellschaftliche Mehrheit gegen die Praxisgebühr auch in entsprechenden parlamentarischen Entscheidungen niedergeschlagen hätte.

Die PDS jedoch war ab 2002 nicht mehr als Fraktion im Bundestag und Rot-Grün politisch am Ende. Auch später waren die Parteien links von der CDU nicht gemeinsam handlungsfähig,

hatten die Wählerinnen und Wähler keine realistische Alternative zur Merkel-Regierung. Wäre dies anders gewesen, die Praxisgebühr müsste es schon lange nicht mehr geben. Die SPD hat jetzt und DIE LINKE erneut Anträge zu deren Abschaffung in den Bundestag eingebracht. Leider wurde bei der von uns beantragten Sofortabstimmung im März unser Antrag abgelehnt. Ob der Antrag der SPD beschlossen wird, darf bezweifelt werden.

Stefan Liebich, Bundestagsabgeordneter

Wahlkreisbüro Stefan Liebich

Breite Straße 11 A

13187 Berlin-Pankow

(gegenüber der Alten Pfarrkirche)

Ansprechpartnerin: Gabi Kuttner

stefan.liebich@wk.bundestag.de

Tel.: 030.499 87 408



Kurz aus dem Kiez

➤ **Bürgeramt in Buch**

Ab 19. April steht das Bürgeramt Karow-Buch nach monatelanger Schließung den Bürgerinnen und Bürgern am neuen Standort im Beratungshaus Buch in der Franz-Schmidt-Str. 8-10 wieder zur Verfügung. Im Beratungshaus befinden sich neben dem Bürgeramt auch mehrere soziale Einrichtungen sowie ein Café unter einem Dach.

➤ **Köpfchen statt Kohle**

Das dreijährige Pankower Modellprojekt zur Steigerung der Energieeffizienz an 15 Schulen, einer Bezirksamtsabteilung sowie an Freizeit- und Kultureinrichtungen hat eine erfolgreiche Halbzeitbilanz gezogen. Es gibt es noch viel zu tun in Sachen Energie, so

Kurz aus dem Kiez

Bezirksstadträtin Christine Keil (DIE LINKE).

➤ **Thälmann-Denkmal**

Der Bundestagsabgeordnete Stefan Liebich (DIE LINKE) hat sich gegen die Forderung von Angelika Barbe (CDU) gewandt, das Thälmann-Denkmal im Prenzlauer Berg abzureißen. Liebich erklärte unter anderem: »Das Ernst-Thälmann-Denkmal abzureißen, wäre ein geschichtsverdrängender Umgang. Dieses Denkmal mitten in der Stadt symbolisiert Geschichte sehr anschaulich, auch in ihrer Widersprüchlichkeit.«

➤ **Blankensteinpark**

Ende März haben die Elterninitiative der Klax-Kitas und die Hundefreunde Ber-

Kurz aus dem Kiez

lin e.V. am Blankensteinpark über 700 Unterschriften an das Bezirksamt übergeben. Der Blankensteinpark ist ein Spielplatz, dennoch lassen viele Hundehalter ihren Hund frei laufen. Dies hat zu zahlreichen Konflikten geführt. Es wird nun der Dialog gesucht, der alle Parkbesucher zufriedenstellen soll.

➤ **Toleranz stärken**

Seit fünf Jahren beteiligt sich Pankow an dem Programm des Bundesfamilienministeriums »Toleranz fördern – Kompetenz stärken«. Bisher konnten Projekte aus dem gesamten Bezirk einen Antrag auf Förderung stellen. In diesem Jahr sollen explizit Projekte in Weißensee und Heinersdorf gefördert werden.

Ein Jahresrückblick

> **Rechtsextremismus in Pankow**



Bereits seit 2005 dokumentiert das Pankower Register rassistische, anti-semitische, homophobe oder rechtsextreme Vorfälle. Jetzt ist die Situationsanalyse für das Jahr 2011 als Broschüre erschienen; 116 Vorfälle wurden in Pankow dokumentiert.

Erschreckend ist die Zunahme brutaler neonazistischer Gewalt gegen poli-



tische Gegnerinnen und Gegner. So versuchten beispielsweise Neonazis am 28. Juni 2011, die Haustüren von zwei alternativen Wohnprojekten im Prenzlauer Berg in Brand zu stecken. Die Projekte waren zuvor auf den so genannten Feindeslisten des Nationalen Widerstands im Internet genannt worden.

Insgesamt kam es zu 24 verbalen Angriffen auf Menschen und zu sieben Sachbeschädigungen. Besorgniserregend ist die Häufigkeit der Verherrlichung und Verharmlosung des Nationalsozialismus (25 Vorfälle). So wurde am 6. Dezember 2011 das sowjetische Ehrenmal in Buch mit Hakenkreuzen und SS-Runen beschmiert.

Im Rahmen der Berliner Wahlen trugen die rechtspopulistischen Parteien Pro Deutschland und Die Freiheit sowie die neonazistische NPD zu einem sprunghaften Anstieg rassisti-

scher bzw. islamfeindlicher Propagandavorfälle bei. Mit Parolen wie »Stopt die islamische Parallelgesellschaft« (Freiheit), »Mehr Sicherheit – weniger Zuwanderung!« (Pro Deutschland) oder »Guten Heimflug – Ausländerrückführung« (NPD) gingen die Parteien auf Stimmenfang. So fallen die meisten der 63 registrierten Propagandavorfälle und die 21 rechtspopulistischen

bis neonazistischen Veranstaltungen in den Wahlkontext.

Wenn Sie selber Zeugin oder Zeuge eines rassistischen, homophoben, anti-semitischen oder rechtsextremen Vorfalles werden, melden Sie diesen bitte. Entweder bei [moskito] oder einer der dreißig Anlaufstellen im Bezirk, wie zum Beispiel im Büro der LINKEN.

Silke Hünecke

[moskito] Netzwerkstelle gegen
Rechtsextremismus – für Demokratie
und Vielfalt

Tel +49.30.443 83-459

<http://pankower-register.de>



Der Aufstand der Alten – Stille Straße ist nicht still

Mitte März entschied die Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV) im Rahmen der Beschlussfassung zum Haushalt 2012/2013, 300 Seniorinnen und Senioren, die sich in 21 verschiedenen Kursen und Gruppen in der Begegnungsstätte Stille Straße 10 organisiert haben, auf andere soziale Einrichtungen in Pankow zu verteilen. Die Betroffenen wurden weder in diese Entscheidung einbezogen noch vorher rechtzeitig informiert.

Und so stellt sich die Stadträtin für Soziales, Frau Lioba Zürn-Kasztanowicz (SPD), die Verteilung vor: Eine Gruppe geht in das Stadtteilzentrum Schönholzer Straße. Dort bekommt sie an einem Tag der Woche einen Raum von 14 bis 15.30 Uhr.

Eine andere Gruppe kann jedoch nur an einem Vormittag in eine Jugendfreizeiteinrichtung. Die Malgruppe soll sich in der Breiten Straße einen Raum mit zwei ansässigen Gruppen gleichzeitig teilen.

Die Stadträtin entwickelt so ein Konzept, bei dem sie kommunale Seniorenbegegnungsstätten abwickelt und dabei noch ein gutes Gewissen haben kann – denn alle seien ja versorgt! Schleierhaft bleibt auch, warum die Seniorenvertretung sich auch noch hinter diese Zwangsverteilung der Senioren stellt. Zu dieser Idee kann ich nur den Kopf schütteln. Sie zeugt von wenig Verständnis und Wissen über die rechtlichen Bestimmungen der Altenhilfe und vor allem über den Umgang mit älteren Menschen und was ihnen zugemutet werden kann und darf.

Die Seniorinnen und Senioren der Stillen Straße 10 wollen sich nicht zwangsweise aufteilen lassen. Sie verstehen sich als Begegnungsstätte mit sozialem Zusammenhalt. Deshalb protestieren sie und aktivieren die Medien. Bis zum Äußersten wollen sie gehen. Auf einem Transparent vor dem Haus steht »Wir bleiben alle bis der Bagger kommt«.

Eveline Lämmer, Bezirksvorstand

Basiskonferenz

Ich finde mich am 21. April auf der Basiskonferenz der Berliner LINKEN ein und staune. Der Saal mit 220 Plätzen ist überfüllt, der Diskussionsbedarf groß. Thesenpapiere mit mehr als 30 Seiten liegen auf meinem Platz.

Klaus Lederer, Landesvorsitzender, führt beginnend aus: »Alle Wahlziele wurden nicht erreicht!« und »Wie stellen wir uns in Berlin die Zukunft vor?«. Nach Lederer brauchen wir mehr Entschlossenheit, um unsere Ideen überzeugend zu vermitteln. Die Kommunikation nach außen und innen muss verbessert werden, um miteinander Politik für Berlin zu machen. Vieles von dem, was DIE LINKE für ein soziales Berlin durchgesetzt hatte, wird durch den neuen rot-schwarzen Senat abgewickelt: Der öffentliche geförderte Beschäftigungssektor wurde abgeschafft, Regelungen zum Mindestlohn verwässert und die Rekommunalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge ist kein Ziel mehr.

In der nachfolgenden Diskussion im Plenum und in den Arbeitsgruppen geht es um die organisatorische Neuaufstellung der Partei. In einem Thesenpapier heißt es: »Ohne neue inhaltliche Kraft, Erhöhung unserer Reichweite bei Kampagnen und ohne spannende Diskussionen in den eigenen Reihen werden wir kaum etwas für eine Verbesserung unserer politischen Ausstrahlung und Gestaltungsmacht erreichen. Deshalb müssen wir die Organisationsentwicklung vorantreiben.«

Redner meinten, dass Basisorganisationen nicht ausreichend geführt und angeleitet wurden, so dass ein Widerspruch zwischen Fraktions- und Basisarbeit existiere. In den Workshops zur Organisationsreform, Öffentlichkeits- und Mitgliederarbeit, Kommunikation, politische Bildung sowie zu Mietenpolitik wurde sehr konstruktiv diskutiert und Ideenvorschläge gesammelt. Alles in allem ein guter Anfang. **Klaus Flemming**

Schreibt uns Eure Meinung

Laut und deutlich gegen Schwarz-Rot

> Katrin Möller, seit 2011 Abgeordnetenhaus-Mitglied, zieht eine erste Zwischenbilanz:

Über 99 Prozent der politischen Arbeit steht nichts in den Zeitungen, denn die Vernetzung mit Gremien und Organisationen ist medial langweilig. Die Auswertung von Erfahrungen, Zahlen, wissenschaftlichen Analysen und das Ringen um die besten Lösungen ist nicht spannend genug. Bei den Piraten ist das Verhältnis 99 zu 1 – aber umgekehrt. Gleichgültig, ob es dabei um deren Standardforderung nach mehr



Transparenz oder um den Lieblingsjoghurt geht.

Ich sitze in drei Ausschüssen des Abgeordnetenhauses direkt neben den Piraten und beobachte den Hype mit Sorge. Denn wir brauchen dringend jede starke Opposition. In meinem Ressort Kinder-, Jugend- und Familienpolitik gibt es parteiübergreifend ähnliche Positionen, zum Beispiel beim Kinderschutz. Da kann man Brücken bauen und muss punktuell kooperieren, schließlich wirkt Politik unmittelbar auf das Leben der Menschen. Das wird mir im Parlament zu oft vergessen. Schwarz-Rot bedeutet eine Rolle rückwärts, errungene Standards werden infrage gestellt, ob bei der Ganztagsbetreuung auch für die 5. und 6. Klasse oder der Gemeinschaftsschule, die jetzt wieder oft Einheitsschule genannt wird.

Ich erlebe in den Debatten, wie die Regierungskoalition selbstgefällig mit

inhaltsleerer Rhetorik um sich wirft. Die Macht der Mehrheit wird demonstriert. Umso wichtiger ist es, dass wir uns laut und deutlich gegen Wowereits Leuchtturmpolitik und die Heim- und Herd-Ideologie der CDU stellen. Einen Tipp für den Umgang mit der Koalition pinnte neulich ein Genosse im Postraum an: »Nicht sich drehen und winden unter den Schlägen des Gegners (...) Wiederhauen muss man, für jeden feindlichen Hieb zwei, drei zurück.« (Friedrich Engels an Eduard Bernstein, 18.1.1883).

Katrin Möller

Mitglied des Abgeordnetenhauses

**15.–17. Juni
Fest der LINKEN**

in der Kulturbrauerei,
Schönhauser Allee 36
www.fest-der-linken.de

Linke für Andere

Gerade vor dem Hintergrund, dass demnächst am Bezirksamt in der Fröbelstraße – auf Initiative unserer Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow – das weltweit erste Denkmal für Obdachlose errichtet wird, eine Gedenkplatte für jene 70 Menschen, die dort im städtischen Asyl vor 100 Jahren umgekommen sind, stellt sich die Frage, wie sich unsere Partei nun noch stärker dieser Problematik annehmen kann und zwar als konkretes Thema und nicht nur als Tagesordnungspunkt einer Fraktionssitzung. Schließlich wollen wir uns ja nicht nur für diejenigen Obdachlosen engagieren, die 1911 in der Fröbelstraße umgekommen sind. Ab dem Januar 2013 wollen der Pankower und der Reinickendorfer Bezirksverband eine gemeinsame Geschäftsstelle beziehen.

Dort soll nach unserer Idee in den Wintermonaten ein Nachtcafé für Obdachlose arbeiten. Hintergrund ist, dass das »Nachtasyl Gorki« am Bahnhof Lichtenberg aufgrund ausbleibender finanzieller Unterstützung für sich keine



Zukunft mehr sieht. Wir wollen dem Nachtasyl eine neue Bleibe bieten und dabei helfen, dass andere helfen können. Innerhalb der Berliner Nachtcafé-Kette möchten wir als Partei eine Nacht pro Woche diesem Projekt Zuflucht geben. In einem der Räume werden Matten ausgelegt, einschließlich Decken, Kissen und Bettwäsche, während nebenan Abendbrot und Gemeinschaft angeboten wird. Schon bald werden von dem Essens-

angebot auch sozial Benachteiligte aus der Nachbarschaft Gebrauch machen, so dass die neue Geschäftsstelle mit der Zeit zu einem Treffpunkt, einer Anlaufstelle für mittellose Menschen wird.

Uns geht es bei diesem Projekt um den Einklang von Politik und Lebenswelt, um einen konkreten Beitrag für eine solidarische Gesellschaft. Uns geht es darum, wieder Linke für Andere zu sein.
Karsten Krampitz

★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★

5. Mai • 11 Uhr bis 19 Uhr
Konferenz »Politische Streiks im Europa der Krise«, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1

7. Mai • 18 Uhr
Fraktionssitzung der Linksfraction in der BVV im Fraktionszimmer

14. Mai • 18 Uhr
Basistag in der Bezirksgeschäftsstelle
Thema: Kommunalpolitik und DIE LINKE vor dem Bundesparteitag in Göttingen, Gast: Linksfraction in der BVV und Halina Wawzyniak, Stellv. Parteivorsitzende

19 Uhr »Was im Wasser-Ausschuss passiert und was nicht«, Mitglieder des »Sonderausschusses Wasser« des Abgeordnetenhauses berichten, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1

15. Mai • 10 Uhr »Angekommen auf der Oppositionsbank?!«
Seniorenclub im Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstr. 28
Referent: Dr. Klaus Lederer

19. Mai • 11 Uhr
Workshop »Die deutsche Linke und der Nahostkonflikt«, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1

21. Mai • 18 Uhr
Fraktionssitzung der Linksfraction in der BVV im Fraktionszimmer

31. Mai • 18 Uhr
»Berliner Schloss – Humboldt-Forum«, Referent: Dr. Bruno Flierl, Club Spittelkolonaden, Leipziger Str. 47, Helle Panke e.V.

2. Juni • 14 Uhr »Fete bei Käthe – Kinderfest auf dem Kollwitzplatz

2./3. Juni • 10 Uhr
Bundesparteitag der LINKEN in Göttingen

4. Juni • 18 Uhr
Fraktionssitzung der Linksfraction in der BVV im Fraktionszimmer

5. Juni • 19 Uhr »Niederlande: Islam als Thema der Angst – der Siegeszug von Geert Wilders«, Helle Panke e.V., Kopenhagener Str. 9

9. Juni • 10 Uhr
Stadtpolitische Konferenz der Berliner LINKEN
Kreuzberger Jerusalemkirche, Lindenstraße 85

10. Juni • 10 Uhr Landesparteitag DIE LINKE Berlin
Ramada-Hotel, Alexanderplatz

11. Juni • 18 Uhr
Fraktionssitzung der Linksfraction in der BVV im Fraktionszimmer

13. Juni • 17.30 Uhr
7. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung Pankow
Fröbelstraße 17, Haus 7, BVV-Saal



Ach, du dickes Ei!

Auch an Ostern, dem Fest der Auferstehung, haben wir uns an unserem Stammtisch im »Eisernen Gustav« eingefunden. »Habt ihr die Reaktionen auf das Ostergedicht von Günter Grass verfolgt«, fragt Dieter noch auf der Eingangstreppe. »Aus Sorge um den Frieden hat er die Realitäten beschrieben. Israel hat die Atombombe und der Iran will sie bauen. Der Iran bekämpft Israel und Israel droht mit einem Erstschlag«. Mein Einwurf: »So einfach ist es nicht. Israel kämpft um sein Existenzrecht. Das muss gesichert sein. Trotzdem: Ich würde meine übrig gebliebenen Schoko-Ostereier zum Dank an Grass schicken«. Manfred: »Sein Mut ist zu bewundern«. »Dass die israelische Regierung Grass das Einreiserecht ver-

weigert, wundert mich nicht«, ergänzt unsere Wirtin, die lauthals mitdiskutiert und dabei vergessen hat, unsere Bestellung aufzunehmen. »Die Reaktion der Medien in Deutschland ist überzogen. Wir haben doch nicht mehr die heilige römische Inquisition des Mittelalters«.

Traditionell bestellen wir Bier und Korn. Kurt greift ein: »Die Berichterstattung verzichtet auf jede Argumentation. Beschimpfungen gegen den 'senilen alten Mann', der nicht mehr schreiben kann und sich mit 'Schwachsinn ins Rampenlicht stellt', sind die boshaftesten Kommentare. Auch die SPD bleibt sich treu. Einige SPD-ler wollen auf die Mitwirkung des treuen Genossen im Wahlkampf verzichten«.

Den Journalisten und Politikern faule Eier. Na, denn Prost!

Klaus Flemming

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Bezirksvorstand Berlin Pankow
Kopenhagener Str. 76, 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 / Fax 44017781

www.die-linke-pankow.de
redaktion@die-linke-pankow.de

V.i.S.d.P.: Carsten Schatz

Redaktionsschluß: 21. April 2012
Satz+Druck: Bunter Hund, Berlin
Auflage: 5.500

Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint am 11. Juni 2012.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig bearbeitet.

Fotos: Michael van der Meer, Sandra Kaliga, Büro Liebich, Evi Lämmer, RLS, DIE LINKE, Sandra Brunner

Die **extraDrei** braucht Spenden!

Empfänger: DIE LINKE Berlin

Konto-Nr.: 43 84 81 68 00

BLZ: 100 200 00

Verwendungszweck: 810-505

SUDOKU

mittel

Vitamine für's Gehirn

schwer

	7	1				2	6	
			3			4	1	
2	4	8		6				3
	1		4	3			5	
4	2		6	5	1		8	9
	3	5		2	9		4	6
	8		2	1				
9	6				7		3	1
			8			6		7

			8					
8	9		1	2		5	4	
	2	3						
4		8			5	2		
			3	9				
	3		7		2			4
6	5	4			1	7		
		9		5				3
3			9		7			

Jedes SUDOKU-Spielfeld besteht aus neun Quadraten, die jeweils in neun Felder eingeteilt sind. Insgesamt also 81 Kästchen, in die die Ziffern von eins bis neun einzutragen sind. In jeder Zeile und in jeder Spalte sowie in jedem Quadrat, einschließlich der vorgegebenen Zahlen, dürfen die Zahlen 1 bis 9 nur einmal vorkommen.